Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4911**

16. Wahlperiode 29. 03. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, Dr. Edmund Peter Geisen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/1442 –

Impfen statt Töten – Praxisreife Markerimpfstoffe entwickeln und anwenden

A. Problem

Die zurzeit in Europa praktizierte „Nichtimpfungspolitik“ zur Bekämpfung und Eindämmung von Tierseuchen wie z. B. der Geflügelpest soll künftig durch intensivere Erforschung, Entwicklung und Anwendung von Markerimpfstoffen ersetzt werden, um die Sicherung der Freilandhaltung von Geflügel auf Dauer in Deutschland zu ermöglichen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich entschieden für die Änderung der „Nichtimpfungspolitik“ einzusetzen, die Forschung und Entwicklung von Markerimpfstoffen voranzutreiben, eine Langzeitstrategie zur Sicherung einer artgerechten Freilandhaltung zu entwickeln, in deren Mittelpunkt der Einsatz von Markerimpfstoffen steht, durch Streichung der bisherigen Handelsbeschränkungen auf EU- und internationaler Ebene auf den Einsatz praxisreifer Markerimpfstoffe hinzuwirken, um Exportbeschränkungen und damit mögliche wirtschaftliche Nachteile der Landwirte zu verhindern.

B. Lösung

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/1442 abzulehnen.

Berlin, den 21. März 2007

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ulrike Höfken Vorsitzende	**Dr. Hans-Heinrich Jordan** Berichterstatter	**Dr. Wilhelm Priesmeier** Berichterstatter	**Hans-Michael Goldmann** Berichterstatter
	Dr. Kirsten Tackmann Berichterstatterin	**Bärbel Höhn** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Dr. Hans-Heinrich Jordan, Dr. Wilhelm Priesmeier, Hans-Michael Goldmann, Dr. Kirsten Tackmann und Bärbel Höhn

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/1442** in seiner 57. Sitzung am 19. Oktober 2006 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die zurzeit in Europa praktizierte „Nichtimpfungspolitik“ zur Bekämpfung und Eindämmung von Tierseuchen soll künftig durch intensivere Erforschung, Entwicklung und Anwendung von Markerimpfstoffen ersetzt werden, um dadurch die Sicherung der Freilandhaltung von Geflügel auf Dauer in Deutschland zu ermöglichen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich entschieden für die Änderung der „Nichtimpfungspolitik“ einzusetzen, die Forschung und Entwicklung von Markerimpfstoffen voranzutreiben, eine Langzeitstrategie zur Sicherung einer artgerechten Freilandhaltung zu entwickeln, in deren Mittelpunkt der Einsatz von Markerimpfstoffen steht, durch Streichung der bisherigen Handelsbeschränkungen auf EU- und internationaler Ebene auf den Einsatz praxisreifer Markerimpfstoffe hinzuwirken, um Exportbeschränkungen und damit mögliche wirtschaftliche Nachteile der Landwirte zu verhindern

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 16/1442 in seiner 30. Sitzung am 21. März 2007 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Vorlage auf Drucksache 16/1442 in seiner 40. Sitzung am 21. März 2007 beraten.

Die **Fraktionen der CDU/CSU** und **SPD** erklärten, man sei bei der Einsetzung von gentechnischen Impfstoffen emotionslos. Es sei jedoch wichtig, zu beachten, dass es eine Veränderung bei der Strategie zur Bekämpfung der Schweinepest durch eine Verbesserung des Nachweises und der Differenzierung der Erreger gebe. In diesem Falle solle man keine Markerimpfstoffe einsetzen, sondern den bisher verwandten konventionellen Impfstoff vorziehen. Es sei wichtig, dies auf der EU-Ebene gemeinsam zu kommunizieren, um die Akzeptanz einer Impfstrategie herbeizuführen. Man hoffe darauf, dass bald ein Vektorimpfstoff einsatzfähig sei, den man dann in bestimmten Situationen auch einsetzen könne. Es gelte aber, eine Impfoption immer rechtzeitig vorzubereiten und in eine Gesamtstrategie einzubetten. Von daher begrüße man die Forschungsinvestitionen von mehr als 10 Mio. Euro. Bei einer Impfstrategie spreche alles aus ethischen und ökonomischen Gründen für Schutzmaßnahmen und gegen Massentötungen. Das Problem sei aber noch, dass Partner in der EU geimpfte Tiere nicht abnehmen würden. Von daher gelte es, auf der EU-Ebene weiter zu verhandeln. Danach könne eine Entscheidung über eine Impfstrategie getroffen werden. Daher sei der Antrag zurzeit nicht zielführend und werde abgelehnt.

Die **Fraktion der FDP** sprach sich dafür aus, einen praxisreifen Markerimpfstoff zu entwickeln; denn die Tierseuchenbekämpfung sei eine Herausforderung auf der europäischen Ebene. In Richtung auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde hervorgehoben, dass es in dem Antrag nicht um eine ideologische Einführung der Gentechnik gehe, sondern darum, durch sinnvolle Impfstrategien das Töten zu verhindern. Von daher gehe der Antrag in die richtige Richtung. Die Einbeziehung von wissenschaftlichen Bekämpfungskonzepten sei sinnvoll, aber man vermisse bisher entsprechende Anträge der anderen Fraktionen hierzu. Im Übrigen sei der Antrag eine Weiterentwicklung von Anträgen der Fraktion der FDP zu diesem Themenbereich aus früheren Legislaturperioden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, das Anliegen des Antrags werde geteilt. Man sei ebenfalls gegen Massentiertötungen aus wirtschaftlichen Gründen, weil sie einen Verlust von Zuchtmaterial bedeuteten und auch für die betroffenen Landwirte nur emotional schwer zu verarbeiten seien. Impfen sei aber nur eine der Maßnahmen. Dies müsste eingebettet werden in ein wissenschaftliches Bekämpfungskonzept. Dabei müsse die Forschung vorangetrieben werden unter Einbeziehung von Fragestellungen zur Epidemiologie und anderer Maßnahmen. Der Antrag der Fraktion der FDP sei eine Fortentwicklung eines alten Antrags, aber insgesamt zu kurz gefasst, von daher werde sich die Fraktion enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** äußerte, dass man mit dem Ziel, das Impfen in den Blickpunkt zu stellen, übereinstimme, dass aber der Antrag der Fraktion der FDP ideologisch sei, denn es gehe eigentlich um eine Einführung der Gentechnik. Dies sei keine gute fachliche Vermischung von Zielen und angestrebten Maßnahmen. Bei der Geflügelpest z. B. gebe es konventionelle Impfstoffe, die besser seien als die durch Gentechnik erzeugten. Es müsse immer das Kriterium sein, den besten Impfstoff zu verwenden. Von daher sei das Ziel des Antrags zu begrüßen, aber wegen der Vermischung mit der Gentechnik als geeignete Maßnahme werde der Antrag von der Fraktion abgelehnt.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/1442 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/

CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Berlin, den 21. März 2007

Dr. Hans-Heinrich Jordan
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Bärbel Höhn
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333